

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 34 (1993)  
**Heft:** 15

**Artikel:** Ethnischer Druck auf Albanien  
**Autor:** Tickle, Ian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092756>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ian Tickle zu Griechenlands Ausschaffungsaktion von «Illegalen»

## Ethnischer Druck auf Albanien

Das Problem der illegalen Einwanderung bedrängt zurzeit alle europäischen Staaten, wobei ein allgemeiner Konsens darüber besteht, dass die Rechte der legalen Einwanderer um jeden Preis gewahrt, zugleich aber wirksame Anstrengungen zur Verhinderung der illegalen Einwanderung unternommen werden müssen. Die Frage aber, was mit jenen «Illegalen» geschehen soll, die bereits hier sind, und das schon seit geraumer Zeit, ist umstritten. Aber es besteht immerhin Konsens darüber, dass sie sowohl mit Wohlwollen als auch mit Humanität behandelt werden müssen und dass sie nicht als politisches Pfand missbraucht werden dürfen.

Mit der Massenausweisung illegaler Einwanderer aus Albanien hat sich Griechenland jedenfalls nicht an das letztgenannte Prinzip gehalten. Viele dieser «Illegalen» waren schon einige Zeit im Land, nämlich seit es möglich war, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus das Land überhaupt zu verlassen. Rechtlich betrachtet hätten die Griechen sie jederzeit ausschaffen können, und es ist nicht der erste Versuch, das Problem durch Massendeportation zu lösen.

### Lohnendes Risiko

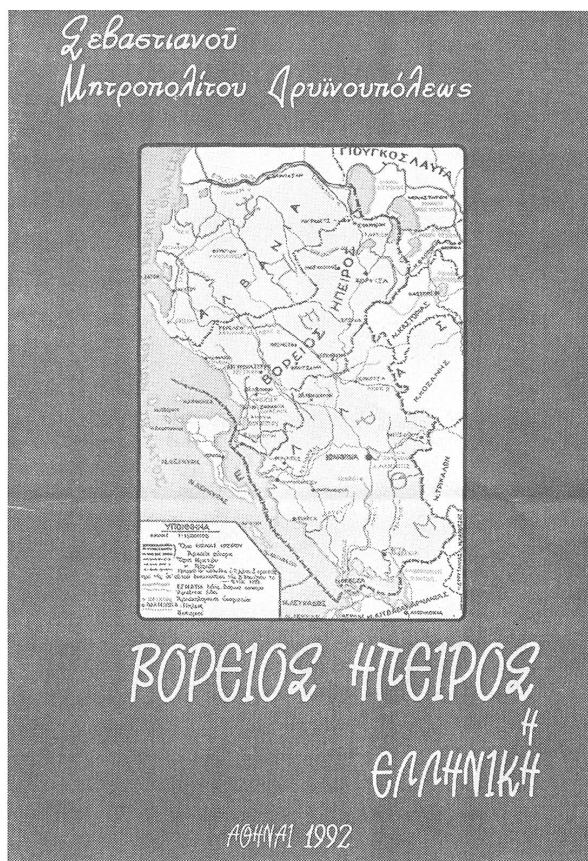
Albaner, die in Griechenland illegal einer Arbeit nachgingen, standen ständig unter der berühmt-berüchtigten Angst vor dem nächtlichen Klopfen an der Tür, die sie zeit ihres Lebens immer gekannt hatten; der Unterschied besteht heute nur darin, dass sie auf Kosten des griechischen Staates in ihre Heimat zurück-

geschafft statt in ein Konzentrationslager abtransportiert werden, und das mit grösster Wahrscheinlichkeit lebenslanglich.

Für diese Albaner lohnte sich das Risiko; in Griechenland verdienten sie in einem Monat mehr als in einem Jahr zu Hause, falls sie Arbeit erhielten. Natürlich waren da auch Klagen wegen Polizeibrutalität, und möglicherweise treffen diese auch da und dort zu. Einige der betroffenen Albaner versuchten auch, sich zu wehren oder vor der Polizei zu flüchten. Im Zuge der jüngsten Deportationen ist die albanische Grenze zu Griechenland kein Minenfeld mehr; da gibt es nichts, was die Albaner davon abhalten könnte, wieder zurückzukehren, und so wie die Dinge zurzeit stehen, wird auch bald nichts mehr auf die Aktion hindeuten, die da durchgeführt worden ist.

### Pure Rache oder politisches Pfand?

Ernstester zu nehmen ist aber die Tatsache, dass die illegalen Einwanderer bei dieser Gelegenheit als politisches Pfand missbraucht worden sind. Das Problem begann mit der Ausschaffung des orthodoxen Popen griechischer Nationalität, Archimandrite Chrysostomos, aus der süd-albanischen Stadt Gjirokaster, eines der Zentren der griechischsprachigen Gemeinde in Albanien. Der Pope wurde beschuldigt, sein Evangelium durch ein territoriales Element ergänzt zu haben, indem er erklärte, der südliche Teil Albanien solle zu Griechenland gehören — es geht also um die sogenannte Nord-epirus-Frage.



Der Buchtitel «Nord-Epirus ist griechisch», verfasst vom Metropoliten Sevastianos von Konitsa.

### Grenzfragen als tiefere Ursache

Während ich schreibe, liegt eine Broschüre vor mir, die vor einem Jahr in Athen herausgegeben wurde und die den Titel trägt «Nordepirus ist griechisch», verfasst vom Metropoliten Sevastianos von Konitsa, einer Stadt auf der griechischen Seite der Grenze. Dieser Teil ist bei den Albanern bekannt als Chameria, den sie, wie sie behaupten, bereits vor dem zweiten Weltkrieg bevölkert hatten. Aus der Sicht der Albaner ist dieses Büchlein aufwieglerisch; denn schon der Buchdeckel zeigt eine Karte, die Nordepirus bis zum Fluss Skumbini reichend zeigt und damit Albanien auf die Hälfte reduziert.

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 412775

... Steiger druckt's

Nach albanischen Angaben war der fragliche Pope im Besitz von solcher Art Literatur, und er hat sie offenbar auch verteilt. Damit ist aber auch klar, dass er bei den albanischen Behörden nicht gerade populär war, und diese ist wohl davon ausgegangen, dass die Ausschaffung durchaus gerechtfertigt war. Darauf werde ich in einem späteren Beitrag noch zurückkommen.

## Keine Distanzierung Athens

Die albanische Regierung ist sehr empfindlich bei solcher Literatur. Der grösste Teil davon wird durch Organisationen vertrieben, die mit der orthodoxen Kirche in Verbindung stehen. Diese Organisationen gehen davon aus, dass die griechische Minderheit in Albanien identisch ist mit der orthodoxen Gemeinde, und dass die Gebiete, in denen diese Gemeinde lebt, an Griechenland abgetreten werden müssten.

Auf entsprechende albanische Klagen versichert die griechische Regierung immer, dass sie die heutigen Grenzen zwischen den beiden Staaten akzeptiere. Sie betont aber zugleich, dass Griechenland ein freies Land sei, weshalb die Regierung absolut keine Möglichkeit habe, private Organisationen daran zu hindern, Meinungen wie die in der oben erwähnten Broschüre zu vertreten. Aber sie vermeidet es zugleich auch, sich von solchen Inhalten zu distanzieren.

Die albanische Chameria-Bewegung beansprucht nicht eigentlich Südepirus. Deren Botschaft ist, dass die albanische Gemeinde enteignet wurde, als sie am Ende des Zweiten Weltkrieges vertrieben (oder massakriert) wurde. Den rechtmässigen Eigentümern müsse deshalb heute entweder die Rückkehr erlaubt werden, um ihr Eigentum zu reklamieren, oder sie müssten entschädigt werden. Ich selbst habe gehört, wie ein wichtiger Vertreter der griechischen Regierung solche Argumente als «Kindergeschwätz» abtat, dieselbe Regierung, die sich weigert, sich von griechischen Privatorganisationen zu distanzieren, die die Hälfte Albanien nach Griechenland «transferiert» wissen wollen.

## Aktion mit wenig Rückhalt

Die genaue Zahl der albanischen «Illegalen», die in Griechenland leben und arbeiten, ist natürlich schwer zu schätzen. Die Zahl von 150 000 wurde erwähnt. Zur Zeit, da ich diese Zeilen schreibe, sind innerhalb einer Woche 13 000 an die Grenze gestellt worden. Einige von ihnen mögen bereits wieder zurück in Griechenland sein. Viele von ihnen haben dort Freunde, und es gibt mit Sicherheit auch viele griechische Ar-

**Nationalistische Organisationen behaupten, die griechische Minderheit in Albanien sei identisch mit der orthodoxen Gemeinde, weshalb Gebiete, in denen diese Gemeinde lebt, an Griechenland abgetreten werden müssten.**

**Die albanische Chameria-Bewegung ihrerseits ist der Ansicht, die am Ende des Zweiten Weltkrieges enteigneten Albaner in Griechenland hätten ein Recht auf Rückgabe oder jedenfalls auf Entschädigung.**

**«Keine der beiden Seiten kann etwas aus dieser schmutzigen Entwicklung gewinnen, auch wenn sie den nationalistischen Politikern auf beiden Seiten Auftrieb geben wird.»**

beitgeber, die die Arbeit ihrer albanischen Arbeiter schätzen und glücklich wären, wenn sie sie so gut als möglich beschützen könnten.

Respekt vor der Obrigkeit ist beileibe nicht eine nationale Tradition, und die Tatsache, dass die griechische Regierung eine solch feindselige Antwort gab auf die Ausweisung eines einzigen griechisch-orthodoxen Klerikers, die durchaus vernünftige Hintergründe hat, entspricht nicht unbedingt der allgemeinen griechischen Haltung. Das muss hier doch betont werden.

## Eines EG- und Nato-Staates unwürdig

Uns scheint es dagegen absolut skandalös, dass eine Welle von Deportationen aus politischen Gründen stattgefunden hat. Die Tatsache, dass die griechische Regierung entsprechend ihrem legitimen Recht gehandelt hat, ist dabei unerheblich. Griechenland ist ein Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und der Nato, beides Institutionen, deren Zweck unter anderen die Verteidigung demokratischer Werte ist.

Aktionen wie die soeben beschriebene fallen in den nebligen Bereich zwischen dem Respekt für die Menschenrechte und deren Verletzung — es ist nicht gerade ein Verhalten, das von einem EG-Mitgliedstaat erwartet wird. Und es ist ein Verhalten, das die Befürchtung von Griechenlands nördlichem Nachbarn bestärkt, dass Athen darauf aus ist, Schwierigkeiten zu schaffen, wo immer es geht.

## Auftrieb für Nationalisten

Misha Glenny, ein ausgezeichnete Balkan-Kommentator beim BBC World Service, fasst die Affäre in aller Kürze so zusammen: «Keine der beiden Seiten kann etwas aus dieser schmutzigen Entwicklung gewinnen, auch wenn sie den nationalistischen Politikern auf beiden Seiten Auftrieb geben wird.» Der albanische Präsident Sali Berisha behauptet, dass die Griechen versuchen, einen Sturz seiner Regierung herbeizuführen, und dass einige der Deportierten von den Griechen aufgefordert worden seien, in diese Richtung zu arbeiten.

Das sollte mit einer Prise Salz genossen werden; die einzig mögliche Alternative zu Präsident Berisha ist zum heutigen Zeitpunkt etwas Schlimmeres — für die Albaner, aber auch für die Griechen, da letztere daran interessiert sein sollten, wenigstens einen Hauch von Stabilität an der nördlichen Grenze zu erhalten.

Vielleicht ist auch alles nur ein Sturm im Wasserglas — aber es ist ein unerfreuliches Beispiel für ein Land, das versucht, Einfluss auf die Politik eines anderen Landes zu nehmen, indem es das traurige Phänomen der illegalen Einwanderung gebraucht und missbraucht. Und es könnte zudem auch noch gefährlich sein — zumal Albanien im Norden und Osten, an den Grenzen zu Montenegro, Serbien und Mazedonien, Probleme von weit grösserer Dimension hat. Albanien braucht ganz dringend Freunde.

(Übersetzung: Monika Scherrer)

## Bestellschein für zeitbild

Schenken Sie das **zeitbild** Ihren Bekannten!

Ich bestelle das **zeitbild**

- Geschenkabo zu sFr. 50.– (Preis für Abonnent/innen)
- für 2 Jahre zu sFr. 100.– (Ausland sFr. 120.–)
- Probenummern
- Jahresabo zu sFr. 59.– (Ausland sFr. 65.–)

Name und Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Tel./Fax: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an **zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6